

Berlin, den 15.10.2019

„Gleichstellung als Regionalentwicklung“ – BAG veröffentlicht Studie zur Situation der kommunalen Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen Deutschlands

- Kommunale Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen ist existentiell. Eine Stärkung bestehender Strukturen durch einheitliche Gesetzgebung und eine bessere Ausstattung und Einbindung der Gleichstellungsstellen in der Kommune ist notwendig.
- Frauen brauchen Perspektiven – traditionelle Rollenbilder, eingeschränkte Mobilität und erschwerte Vereinbarkeit von Beruf und Familie begrenzen ihre Entwicklungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen.
- Ländliche Räume brauchen flächendeckende Beratungsangebote, guten und günstigen ÖPNV, ortsnahe Gesundheitsversorgung – insbesondere für Schwangere, gute Arbeit und ausreichend Kitaplätze vor Ort um gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu ermöglichen.

Wer gleichwertige Lebensverhältnisse will, muss Gleichstellung stärken - erfolgreiche Gleichstellungsarbeit erhöht die Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume und wirkt damit u.a. der Abwanderung von Frauen entgegen.

Gleichstellung lohnt sich!

Das Thema ländliche Entwicklung hat in den letzten Jahren stetig an Aktualität gewonnen. Viele Regionen in Deutschland stehen vor Herausforderungen in Bezug auf Mobilität, Daseinsvorsorge und demografischen Wandel. Europa, Bund und Länder sind vielerorts aktiv, um ländliche Räume in ihrer Entwicklung zu fördern. Gleichstellung spielt dabei bisher eine untergeordnete Rolle. Die BAG hat im Rahmen der Studie „*Gleichstellung als Regionalentwicklung*“ die Situation der kommunalen Gleichstellungsarbeit in ländlichen Räumen untersucht und festgestellt: Gleichstellungsarbeit trägt maßgeblich zur ländlichen Entwicklung bei.

Zum internationalen Tag der Frauen auf dem Land am 15. Oktober stellt die BAG die Ergebnisse heute im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor. Die parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, Caren Marks, betont in ihrem Grußwort:

*„Die **kommunalen Gleichstellungsbeauftragten** spielen eine zentrale Rolle für die Gleichstellungspolitik im ländlichen Raum. Gerade in strukturschwachen Regionen sind Sie für Frauen und ihre Familien ein wichtiger **Anlaufpunkt**. Bei Ihnen laufen viele Fäden und Informationen zusammen: von der Kinderbetreuung über die Familienhilfe bis hin zur Erziehungsberatung. Ich danke daher der Bundesarbeitsgemeinschaft dafür, dass sie mit der heute vorgestellten Studie praxistaugliche Handlungsansätze für eine Stärkung der Arbeit dieser wichtigen gleichstellungspolitischen Institution benennt.“*

Fehlende Beratungsinfrastruktur, mangelnde Verfügbarkeit von Kinderbetreuung vor Ort, prekäre Arbeitssituationen für Frauen und schlechte Erreichbarkeit von Angeboten – das ist in vielen Regionen normal. Deswegen wandern gerade junge Frauen aus ländlichen Räumen in die Städte ab. Für die Regionen bedeutet das weniger Arbeitskraft, Innovationspotential und sozialen Zusammenhalt.

Die Studie unterstreicht in diesem Kontext die zentrale Rolle der kommunalen Gleichstellungsarbeit vor allem für Frauen und Familien. Sie sind oft einzige Anlaufstelle für gleichstellungsrelevante Belange und Initiatorinnen frauen- und familienspezifischer Strukturen. Damit erfüllen sie besonders in strukturschwachen Gebieten eine wichtige Funktion. Sie nehmen Bedarfe vor Ort auf, bilden Netzwerke und bringen die Gleichstellungsperspektive in relevante Bereiche ein. Auch sie stehen täglich vor Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf die gesellschaftliche Struktur und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in der Fläche. Die unterschiedlichen Gesetzgebungen der Länder zur kommunalen Gleichstellungsarbeit sind nicht selten zum Nachteil ländlicher Räume gestaltet.

„Die Studie ist ein wichtiger Schritt, um einen nach wie vor blinden Fleck in der Debatte um ländliche Räume zu erhellen“, so Bundessprecherin Susanne Löb. „Sie macht deutlich, dass Gleichstellung ländliche Räume nach vorne bringt und eine Stärkung der kommunalen Gleichstellungsarbeit längst überfällig ist.“

Die Studie identifiziert diesbezüglich Handlungsansätze auf allen politischen Ebenen: Dazu gehört die Verankerung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, aber auch bessere strukturelle Rahmenbedingungen – sowohl im Hinblick auf Infrastruktur, als auch auf die Gestaltung der Gleichstellungsstellen. Nicht zuletzt gilt es, traditionelle Rollenbilder gerade in ländlichen Räumen stärker aufzubrechen.

Vor den über 100 Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sprach die BAG auch mit Vertreterinnen des Deutschen LandFrauenverbands, des Deutschen Frauenrats und des Landesfrauenrats Mecklenburg-Vorpommern über Perspektiven für Gleichstellung in ländlichen Räumen. Bundessprecherin Christina Runge resümiert: *„Wer gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land will, kann jene zwischen Männern und Frauen nicht außen vor lassen. Ländliche Entwicklung funktioniert nur mit Gleichstellung – kommunale Gleichstellungsarbeit zu stärken ist daher eine wesentliche Strategie für die Regionalentwicklung.“*

Für die Studie wurden insgesamt 103 Kolleginnen in 13 Bundesländern, darunter 62 Städte und Gemeinden und 39 Landkreise, zu ihren Arbeitsschwerpunkten und den Herausforderungen ihres Arbeitsalltags befragt. Die qualitative Erhebung wurde in Form von Interviews und Fokusgruppen durchgeführt. Die Studie wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Susanne Löb

Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Christina Runge

Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Für Fragen und Hintergrundinformationen:

Clara Friedrich
Projektmitarbeiterin, Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
Email: kommunal@frauenbeauftragte.de
Tel.: 0421 / 69598652

Die Studie zum Download sowie Pressefotos der Veranstaltung finden Sie hier:

<https://www.frauenbeauftragte.org/themen/ländliche-räume>

Twitter: **#GleichstellungfürdieRegion**

BAG-Geschäftsstelle/ Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V., Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Ansprechpartnerin: Ramona Ebert 0 30 – 240 09 812, Fax 0 30 – 240 09 813
bag@frauenbeauftragte.de www.frauenbeauftragte.de
Bankverbindung des Vereins: Berliner Sparkasse, IBAN DE97 1005 0000 0073 7277 17 BIC BELADEBEXX